97-84127-9

Breslau (Germany)

Die oberschlesische frage und der wiederaufbau...

Breslau

1921

97-84127-9
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

308
Z
Box 166

Breslau. Industrie- und handelskammer.
... Die oberschlesische frage und der wiederaufbau der europäischen wirtschaft. Breslau [Schatzky] 1921.
26 p. 25 cm.

At head of title: Handelskammer Breslau.

INTERNATIONAL LAW
JX
1392
B725

Copy in Law Library. 1921.

UP COPY

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 13:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 7-1-97 INITIALS: PB

TRACKING # : 23172

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

HANDELSKAMMER BRESLAU

Die oberschlesische Frage und der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft

BRESLAU, ANFANG JUNI 1921

308
Z
Box 166

Gj7 9
Franz Boas
8-2-24

Mar. 19, 1925 Act

OBERSCHLESIENS WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG

Die hohe Bedeutung Oberschlesiens für die Weltwirtschaft und den Wiederaufbau Europas wird von den wirtschaftlichen Sachverständigen aller Länder in steigendem Maße gewürdigt. In der Zeit vor dem Kriege, als Oberschlesien auch in den nichtdeutschen Ländern unbestritten zur deutschen Wirtschaftseinheit gezählt wurde, kannten nur die Fachleute bestimmter Wirtschaftszweige Bedeutung und Reichtum dieses mit leicht abzubauenden Bodenschätzen reich gesegneten Gebietes. Allein die Kohlenförderung Oberschlesiens ist ein wichtiger Posten in der Weltwirtschaft: sie betrug vor dem Kriege jährlich durchschnittlich 46 Millionen Tonnen, also den vierten Teil der Förderung Deutschlands und doppelt soviel wie die Erzeugung Rußlands und Belgiens; mit Ausnahme der Erzeugung der großen Kohlenländer England und Amerika kann ihr nur die Kohlengewinnung Frankreichs zur Seite gestellt werden. Dabei ist besonders zu beachten, daß die Förderung leicht erheblich gesteigert werden kann, denn der Kohlenvorrat Oberschlesiens ist einer der größten der Welt. Die Kohlengewinnung ist leicht, die Qualität der Kohle ist gut. Die oberschlesische Zinkproduktion ist die größte von ganz Europa: Der fünfte Teil der Zinkerzeugung der ganzen Welt entfällt allein auf Oberschlesien. Auch die Produktion von Eisen und Blei ist bedeutend. Der Bruttoertrag der oberschlesischen Kohlengruben und Eisengießereien wurde 1913 auf rund 940 Millionen Mark geschätzt.

Es ist klar, daß ein derartiges Wirtschaftsgebiet bei der durch den Krieg stark veränderten Lage Europas für den Wiederaufbau eine Bedeutung gewonnen hat, die in der Zeit des Friedensschlusses zu Versailles, als die allgemeine Not und die einzelnen Aufgaben des Wiederaufbaues Europas noch nicht offen vor aller Augen lagen, keineswegs gewürdigt werden konnte. Europa steht vor einem Komplex wichtigster Wirtschaftsprobleme, bei deren Lösung Oberschlesien eine mehr oder weniger wichtige Rolle spielt. Die deutsche Regierung hat nach auf-

richtiger Prüfung aller Fragen in mehreren Noten an den Obersten Rat erklärt, daß Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nur nachkommen könne, wenn das oberschlesische Wirtschaftsgebiet bei Deutschland verbleibt, und daß nur in diesem Falle der Zerfall der deutschen Wirtschaft vermieden werden könne. Immer mehr hat sich in allen Ländern, die an dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft beteiligt sind, die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß die wirtschaftliche Zerrüttung Deutschlands auch die Wirtschaft der anderen Länder lähmt. Von der Beseitigung dieses Uebels ist in erster Linie die Gesundung der europäischen Wirtschaft abhängig.

Deutschland war vor dem Kriege ein Rohstoffkäufer ersten Ranges und mit seiner weiterverarbeitenden Industrie auf allen Gebieten tätig. Diese Industrie ist selbstverständlich durchaus abhängig von der Kohlenmenge, die ihr zur Verfügung steht. Deutschland noch mehr Kohle nehmen, als durch den Friedensvertrag von Versailles bereits geschehen, ist gleichbedeutend mit der Zerstörung der deutschen Industrie und der deutschen Kaufkraft für Rohstoffe und Waren. Ungestraft kann nicht länger die Tatsache mißachtet werden, daß alle an der europäischen Wirtschaft beteiligten Länder mehr oder weniger aufeinander angewiesen sind und auf manchen Gebieten sogar eine Einheit bilden.

Aus weltwirtschaftlichen Gründen ist es notwendig, die Kohlenproduktion überall bis zur höchsten Möglichkeit zu steigern. Der Krieg hat unermeßliche Werte vernichtet, die in den nächsten Jahrzehnten ersetzt werden müssen, wenn nicht alle Länder ihre Lebenshaltung beträchtlich unter den Zustand wirtschaftlicher Gesundheit verringern sollen. Dabei verdient ein Kohlengebiet von so außerordentlichem Reichtum und leichter Abbaufähigkeit wie Oberschlesien die besondere Beachtung der ganzen Welt. Alle Länder sind an der Frage interessiert, ob die Kohlenerzeugung in diesem wichtigen Gebiet gehoben wird oder etwa stark zurückgeht.

Die Sachverständigen fremder Nationen, die vor dem Kriege und namentlich in der Abstimmungszeit Oberschlesien bereist und studiert haben, sind wohl einmütig zu der Ueberzeugung gelangt, daß die oberschlesische Industrie auf einer sehr hohen Stufe der Entwicklung steht, und daß die fernere Entwicklung durchaus abhängig ist von

dem Verbleiben dieses Industriegebietes bei Deutschland. Dabei mag vorläufig unerörtert bleiben, daß die oberschlesische Industrie durchaus nach dem Westen orientiert ist und in vielen Belangen vom Westen abhängig bleibt. Nur eines soll hier gleich erwähnt werden: Daß nämlich die Hüttenindustrie mit ihrem Ingenieur- und Arbeiterersatz auf Deutschland angewiesen ist, und daß die Grubenbeamten bis zu 97 Prozent Deutsche sind. Eine englische Studienkommission, die in Oberschlesien die Frage prüfte, ob dort die Errichtung einer Fein-Industrie im Anschluß an die Eisenbetriebe möglich sei, ist zu dem Ergebnis gelangt, daß diese Fein-Industrie ihre gesamten Arbeitskräfte nur aus dem Westen, nicht aus dem Osten beziehen könne. Der aus dem Osten zugewanderte nichtdeutsche Arbeiter bildet keinen brauchbaren Ersatz und kann sich nur mit seltenen Ausnahmen zum Feinarbeiter und zu Beamtenstellungen aufschwingen. Wenn dieses aber geschieht, so wächst der Arbeiter in gehobener Stellung sofort in den deutschen Kulturkreis hinein.

Wäre die Bedeutung des oberschlesischen Industriegebietes mit seinen reichen Schätzen unter und über der Erde zur Zeit der Verhandlungen von Versailles in vollem Umfange erkannt worden, hätte man damals auch nur annähernd die Wichtigkeit dieses Gebietes für die europäische Wirtschaft und für den Wiederaufbau überblicken können, wer weiß, ob damals die Ententestaaten die Entscheidung über Oberschlesien nach nationalen Gesichtspunkten in Erwägung gezogen hätten? Nachdem die Bestimmungen im ersten Entwurf des Friedensvertrages, in dem Oberschlesien ohne weiteres Polen angegliedert worden war, infolge der Massenkundgebungen des oberschlesischen Deutschtums dahin abgeändert waren, daß eine Volksabstimmung über das fernere staatliche Schicksal des Landes entscheiden sollte, mußte das Plebiszit erfolgen. Die Volksabstimmung, zugelassen in der Annahme, die Mehrheit des oberschlesischen Volkes sei polnisch, hatte zur Folge, daß ungezählte Stimmen ohne Kenntnis der europäischen Bedeutung dieses wichtigen Wirtschaftsgebietes über seine staatliche Zugehörigkeit zu entscheiden hatten.

Die Volksabstimmung fand am 20. März 1921 statt und hatte folgendes Ergebnis:

Für Deutschland stimmten 707 488,
für Polen stimmten 479 369,
für ungültig erklärt wurden . . . . . . 3 874 Stimmen

683 Gemeinden erklärten sich für Deutschland,
597 Gemeinden erklärten sich für Polen.

Deutschland hat also eine Mehrheit von 228 119 Stimmen im Abstimmungsgebiet erzielt.

Es ergeben sich nun folgende Fragen:

1. Ist Oberschlesien als eine Einheit zu betrachten, sodaß das Abstimmungsergebnis bei der Entscheidung strenge Anwendung finden muß?
2. Wie ist das Abstimmungsergebnis zustande gekommen und zu bewerten?

OBERSCHLESIEN ALS NATÜRLICHE, POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE EINHEIT

Oberschlesien ist in der Tat eine natürliche, politische und wirtschaftliche Einheit. Diese Feststellung ergibt sich aus objektiver wissenschaftlicher Prüfung, bei der jeder Interessenstandpunkt außeracht gelassen wird. Die natürliche Einheit Oberschlesiens geht hervor aus den topographischen und hydrographischen Verhältnissen des Landes. Das Land ist eine flache Ebene, in die nur im Süden die Ausläufer der Sudeten hineinragen und die Grenze bilden. Das Land wird in seiner ganzen Länge durchzogen vom Laufe der Oder, die für die Wirtschaft Oberschlesiens große Bedeutung besitzt. Auf ihrem Wege durch Oberschlesien nimmt die Oder alle Wasserläufe des Landes in sich auf. Die Wissenschaft spricht deshalb Oberschlesien mit Ausnahme eines ganz kleinen Teiles im Südosten eine topographische und hydrographische Einheit zu. Erwähnenswert sind ferner die 4 wichtigen Hauptstraßen, die seit altersher durch Oberschlesien führen und den Westen mit dem Orient verbinden. Diese alten Handelsstraßen waren nicht nur für Oberschlesien, sondern ehemals für ganz Europa bedeutungsvoll; sie brachten die Hauptstadt Schlesiens mit Italien und den großen Handelsplätzen der Donau ebenso in Verbindung wie mit den Hafenstädten des Nordens. Diesen großen Handelsstraßen folgen auch die Eisenbahnen des oberschlesischen Industriegebietes; sie zeigen jedem Fachkundigen, daß die oberschlesische Industrie nicht nach dem Osten, sondern nach dem Westen gravitiert.

Die politische und völkische Einheit Oberschlesiens ist ebenso unbestreitbar. Das Land ist nicht ein polnisches Land, sondern alter deutscher Kultur- und Wirtschaftsboden. Eine kurze Aufzeichnung der geschichtlichen Tatsachen möge zum Beweise

dienen: Oberschlesien wurde noch vor dem zwölften Jahrhundert während der Völkerwanderung von Deutschen besiedelt. Die Piasten, — schlesische Fürsten, die durchaus in die deutsche Kulturwelt hineinstrebten und sich dem deutschen Kaiser anschlossen, — zogen einen großen Strom deutscher Einwanderer aus dem Westen zur Besiedelung in das Land. Eine Anzahl deutscher Städte Oberschlesiens wurden bereits im dreizehnten Jahrhundert gegründet, vor allen Dingen diejenigen Städte, die heute als wirtschaftliche und kulturelle Mittelpunkte des Landes gelten. Beuthen, die zweitgrößte Industriestadt Oberschlesiens, Gleiwitz und Tarnowitz entstanden im dreizehnten Jahrhundert. Zu Beginn des dreizehnten Jahrhunderts wurde bereits eine deutsche Bleigrube in Repten bei Tarnowitz errichtet. Im Jahre 1335 verzichtete König Kasimir von Polen förmlich und feierlich auf Oberschlesien. Polnisch war das Land bis dahin nur 1½ Jahrhundert gewesen. Oberschlesien kam dann unter die deutsche Krone der Habsburger, bis es 1745 endgültig unter preußische Herrschaft gelangte. Von dieser Zeit an beginnt der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung Oberschlesiens. Der Preußenkönig Friedrich II. hat, nachdem er das Land von Oesterreich gewonnen hatte, eine in der Geschichte fast einzig dastehende Tätigkeit zur wirtschaftlichen Erschließung und kulturellen Hebung des Landes ausgeübt. Er begründete die oberschlesische Industrie, errichtete Eisenhütten und erschloß Kohle und Erz in erstaunlichem Umfange. Die befestigten Grundlagen seines Reichtums verdankt Oberschlesien diesem preußischen König. Sein Werk wurde mit ununterbrochenen Erfolgen bis zum heutigen Tage fortgesetzt. Aus den Anfängen, die Friedrich der Große begründete, ist durch deutschen Fleiß, deutsche Technik und deutsche Ausdauer ein für die europäische Wirtschaft unentbehrliches und höchst bedeutsames Wirtschaftsgebiet entstanden. Mit Recht konnte der englische Ministerpräsident Lloyd George in seiner bekannten Unterhausrede vom 13. Mai 1921 sagen, Oberschlesien sei seit zweihundert Jahren deutsch, seit sechshundert Jahren aber bestimmt nicht polnisch gewesen. Der objektive Geschichtswissenschaftler muß die Tatsache bestätigen.

Von der völkischen Einheit Oberschlesiens haben sich alle Ausländer überzeugen können, die während der Verwaltung des Landes durch die Interalliierte Kommission nach Oberschlesien gekommen sind. Das polnische Idiom, das von einem großen Teil der Bewohner

Oberschlesiens gesprochen wird, ist keineswegs gleichbedeutend mit der polnischen Sprache oder auch nur ein Dialekt; es wird in Polen nicht verstanden, ebensowenig wie der Oberschlesier die polnische Sprache spricht oder versteht. Das oberschlesische Volk hat auch stets deutsch gefühlt und lebt seit vielen Generationen im deutschen Kulturkreis. Der Gedanke, Oberschlesien müsse als polnisches Land von Deutschland abgegliedert werden, ist vor dem Kriege selbst von Verfechtern der polnischen Nationalität niemals erörtert worden. Die schlesischen Regimenter zählten im Weltkriege zu den tapfersten deutschen Truppen, die Opferwilligkeit des schlesischen Volkes war grenzenlos. Alle Zeichen völkischer Einheit treffen zu auf das oberschlesische Volk. Es ist fromm katholisch, arbeitsam und tüchtig, ehrlich und guten Willens. Der Nationalitätenhader wurde künstlich erzeugt und durch die Methoden des Abstimmungskampfes zur Gluthitze entfacht. Das oberschlesische Volk betrachtet sich selbst als eine völkische Einheit und strebte nach Anerkennung dieser Tatsache in Gestalt einer weitgehenden Selbstverwaltung. Deutschland hat diesem Verlangen in seiner Gesetzgebung voll Rechnung getragen. Von allen Seiten, sowohl von Polen als Deutschland, als auch von den Mächten des Friedensvertrages ist Oberschlesien als Einheit betrachtet worden. Hätte der Vertrag von Versailles diese Einheit in Zweifel gezogen, hätte in Versailles nicht die Auffassung bestanden, die Briand noch am 24. Mai d. Js. in der französischen Kammer zum Ausdruck gebracht hat, daß nämlich die Abstimmung nur das Recht Polens auf ganz Oberschlesien bestätigen solle, so würden die Mächte des Friedensvertrages die zonenweise Abstimmung wie in Schleswig angeordnet haben.

Die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens ist oben bereits gestreift worden. Unbestreitbar ist zunächst, daß sich die wirtschaftliche Einheit aus der topographischen und hydrographischen Einheit zum Teil ergibt. Die Auswertung der wirtschaftlichen Erzeugnisse des Landes ist davon abhängig. Im oberschlesischen Industriegebiet liegen die Schätze der Erde wie selten irgendwo dicht beisammen. Von der Ausbeutung dieser Schätze lebt das ganze Land. Die Industriearbeiterschaft strömt aus allen Gegenden des Landes zusammen. Der landwirtschaftliche Teil ist in hohem Maße abhängig vom Industriegebiet, und das Industriegebiet wiederum ist abhängig von dem landwirtschaftlichen Teil. Eine Teilung des Landes würde für ganz Oberschlesien unabsehbare Folgen haben.

Mehr noch fällt die wirtschaftliche Abhängigkeit Oberschlesiens von Deutschland ins Auge, wenn man folgende Tatsachen betrachtet: Die Oder ist der große und billige Verkehrsweg, der von Schlesien nach dem Westen führt und einen großen Güteraustausch vermittelt. Die vorhandene Wasserstraße wurde ausgebaut durch Kanalisierung und Anlage von Häfen, die heute den Ansprüchen völlig genügen und deren Einrichtung durchaus auf die Orientierung nach dem Westen eingestellt ist. Der Oderhafen Cosel steht an sechster Stelle der wichtigsten binnenländischen Häfen Deutschlands. Auch der Hafen von Oppeln spielt eine große Rolle. Die Kohlenerzeugung Oberschlesiens geht selbstverständlich weit über den heimatlichen Bedarf hinaus, trotz der hohen Entwickelung der oberschlesischen Hüttenindustrie. Die Gruben sind deshalb gezwungen, mit den westlichen Ländern in einen Austauschhandel zu treten und sich die günstigsten Absatzbedingungen zu verschaffen. Dabei handelt es sich vor allen Dingen um Erz. In Oberschlesien wird mehr ausländisches als inländisches Eisenerz verhüttet. Mit dem Verlust von Lothringen ist die Erzfrage für Oberschlesien brennend geworden. Schon vor dem Kriege, als Lothringen noch zu Deutschland gehörte, mußte Oberschlesien etwa die Hälfte des Bedarfs an Schmelzmaterial aus dem Auslande einführen. Daß in der Zukunft mehr denn früher, namentlich bei dem erhöhten Erzbedürfnis aus dem Auslande, die oberschlesische Hüttenindustrie sich nur auf dem Wege des Austausches mit der Kohle genügend Erz verschaffen kann, liegt auf der Hand.

Oberschlesien muß ferner größere Märkte für seine Produktion erschließen, denn es steht in der deutschen Kohlenförderung an zweiter Stelle nach dem Ruhrgebiet und erzeugt ein Fünftel aller Zinkschätze der Erde. Diese Ausnutzung des wichtigen Wirtschaftsgebietes ist nur möglich, wenn es mit seinem Absatz auf die alten Bedingungen, namentlich aber auf die vorhandenen Verkehrswege, eingestellt bleibt. Alle Verkehrswege — und sie sind vorzüglich organisiert — führen aus Oberschlesien nach dem Westen, nicht nach dem Osten. Wenn die oberschlesischen Schätze brach liegen sollen, bis entsprechende Verkehrswege nach dem Osten ausgebaut sind, ist der Wiederaufbau Europas eine erledigte Frage. Es versteht sich von selbst, daß die oberschlesische Industrie auch in vielen anderen

Lebensbedingungen vom Westen abhängig ist. Der ungeheure Bedarf an Maschinen und Ersatzteilen sowie Werkzeugen kann nur aus dem Westen bezogen werden. Oberschlesien ist ferner, worauf bereits hingewiesen, zu einem erheblichen Teil mit seinem Beamten- und Arbeiterersatz vom Westen abhängig. Jeder Fachmann, der die einschlägigen Fragen ernsthaft und objektiv prüfte, ist bis jetzt zu dem Ergebnis gekommen, daß die oberschlesische Industrie sehr schnell zugrunde gerichtet wird, wenn man sie von Deutschland und von dem Westen trennt und gewaltsam nach dem Osten orientiert. Die glänzende Entwicklung der oberschlesischen Industrie ist zwar in hohem Maße der preußischen und deutschen Staatsfürsorge zu verdanken, wäre aber doch nicht möglich gewesen, wenn sie nicht durch ihre natürlichen Verkehrsbedingungen mit der deutschen Gesamtwirtschaft und mit dem westeuropäischen Wirtschaftskreis verbunden gewesen wäre. Eine gewaltsame Umstellung würde die günstige Entwicklung nicht nur hemmen, sondern völlig unterbinden.

Mit der wirtschaftlichen Einheit Oberschlesiens steht im Zusammenhang die Frage, die bereits gestreift wurde, ob Polen in der Lage wäre, das oberschlesische Industriegebiet zu verwalten und darüber hinaus den neuen gewaltigen Aufgaben der europäischen Wirtschaft dienstbar zu machen. Diese Frage wird von allen sachkundigen Ausländern, von den oberschlesischen Industrie-Kapitänen ganz abgesehen, durchaus verneint. Polen verfügt nicht im Großen und nicht im Kleinen über die Kräfte, die dieser Aufgabe auch nur annähernd genügen könnten. Die polnische Industrie — z. B. die Gruben im Dombrowaer Kohlenbecken und die Textilwerke in Lodz — wurde bisher in der Hauptsache von Ausländern geleitet und verwaltet; zu dem wichtigen Beruf des Ingenieurs stellten die Polen nur einen geringen Prozentsatz. Der polnische Volksschlag eignet sich nicht für organisatorische und technische Aufgaben größeren Stils, wie sie das oberschlesische Industriegebiet unbedingt verlangen muß.

Die Unteilbarkeit Oberschlesiens ist somit vom natürlichen, politischen, völkischen und wirtschaftlichen Standpunkte aus unbedingt zu bejahen. Oberschlesien muß, auch wenn die oberschlesische Frage nur nach nationalen Gesichtspunkten entschieden werden soll, ungeteilt bei Deutschland bleiben, denn die Einheit Oberschlesiens hat bei der Abstimmung eine deutsche Mehrheit von einer Viertelmillion ergeben. Noch bedeutsamer aber ist der wirtschaftliche Gesichtspunkt; denn Oberschlesien muß seine hohe Aufgabe für die Weltwirtschaft und den Wiederaufbau Europas unbedingt erfüllen. Das kann nur geschehen, wenn seine wirtschaftliche Entwicklung nicht gehemmt, sondern gefördert wird. Und das wiederum wird nur eintreten, wenn Oberschlesien bei Deutschland bleibt.

BEEINTRÄCHTIGUNG DES ABSTIMMUNGSERGEBNISSES

Das Ergebnis der Abstimmung mit einer deutschen Mehrheit von nahezu einer Viertelmillion Stimmen würde für Deutschland noch günstiger ausgefallen sein, wenn die Volksabstimmung den Bedingungen des Vertrages von Versailles entsprechend gerecht und unbeeinflußt hätte stattfinden können. Zunächst war das Wahlreglement, welches bestimmte, daß nur die vor 1904 in Oberschlesien ansässigen Personen abstimmungsberechtigt waren, für Deutschland ungünstig. Nach 1904 sind sehr viele Deutsche in Oberschlesien ansässig geworden, die zur wirtschaftlichen Entwicklung tatkräftig beigetragen haben, Oberschlesien als ihre Heimat betrachten, Grundbesitz erworben haben, nach dem Wahlreglement aber nicht mit über die staatliche Zugehörigkeit des Landes entscheiden konnten. Auch andere Bestimmungen des Wahlreglements waren für Deutschland ungünstig.

DIE POLNISCHE PROPAGANDA

Die mit unlauteren Mitteln betriebene Propaganda der polnischen Agitation und der maßlose polnische Terror haben die Volksabstimmung gefälscht. Zur Beurteilung der Entwicklung ist es notwendig, einen kurzen Rückblick auf die Vorgänge in Oberschlesien zu werfen. Bis zum Jahre

1918 konnte von einer polnischen Bewegung in Oberschlesien kaum die Rede sein. Selbst Korfanty, bis 1918 Mitglied des deutschen Reichstages und heute der Führer der polnischen Insurgenten, dachte zu dieser Zeit nicht daran, Oberschlesien von Deutschland los zu reißen: er hat vielmehr den Standpunkt vertreten, das Interesse der polnischen Volksstämme fordere gebieterisch ein Zusammengehen mit den Zentralmächten. Erst gegen Ausgang des Krieges und nach der deutschen Revolution traten die polnischen Ansprüche zutage. Während der unglückliche Ausgang des Krieges mit seinen politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen die Kraft des Deutschtums auch in Oberschlesien lähmte und zur Abwehr der national-polnischen Agitation unfähig machte, arbeitete diese mit allen erdenkbaren Mitteln und faßte sofort Ziele ins Auge, die bei den mehrfachen Aufständen, zuletzt in dem noch andauernden Mai-Aufstande der Polen in die Erscheinung traten. Zunächst wurde von der polnischen Agitation die schlechte Wirtschaftslage Deutschlands und die ungünstigen Ernährungsverhältnisse kräftig ausgenutzt, während die Zustände in Polen im rosigsten Lichte geschildert wurden. Geschickt wurde von den Agitatoren die allgemeine Bewegung in der Arbeiterschaft, eine Besserung ihrer Lebensbedingungen während der Revolution herbeizuführen, ausgenutzt, indem dem urteilslosen Volke gesagt wurde, die „Blutsauger“ seien in der Hauptsache Deutsche. Richtig ist, daß alle führenden Männer des oberschlesischen Wirtschaftslebens sowie die weitaus größte Zahl der Werkbeamten deutsche Oberschlesier sind, während der Teil der Grubenarbeiter, bei denen jene Agitation auf besonders fruchtbaren Boden fiel, sich zur polnischen Gesinnung bekannten. Während auf der einen Seite alle Unvollkommenheiten des Lebens und die Nöte der Zeit den Deutschen in die Schuhe geschoben wurden, gab die polnische Agitation auf der anderen Seite den Arbeitermassen die unerfüllbarsten Versprechungen und malte ihnen die Zukunft unter Polens Fahnen im rosigsten Lichte. Mit einem Riesenaufwande an Geldmitteln wurde die polnische Agitation in Szene gesetzt. Das Hauptquartier in Beuthen unter der Leitung Korfantys umfaßte einen Stab von mehreren hundert Personen, zum größten Teil Polen aus Warschau, Krakau und Posen, die ihre Tätigkeit auf alle Gebiete erstreckten. Es wurde ein regelrechter Stimmenkauf betrieben, und zwar

in jeder Gestalt. Während den Arbeitern Besserung ihrer Lebensbedingungen sowie alle erdenkbaren Freiheiten versprochen und in der Gestalt von Kleidungsstücken und Lebensmitteln Zuwendungen gemacht wurden, suchte man die ländliche Bevölkerung dadurch zu ködern, daß man ihr die Aufteilung des größeren Grundbesitzes nach Sowjet-Muster versprach. Die Polen haben den oberschlesischen Grundbesitz auf dem Papier nicht einmal, sondern fünfmal aufgeteilt. Zum Verständnis dieser Agitationsmethoden muß gesagt werden, daß die oberschlesische Bevölkerung ebenso fleißig und ehrlich wie leichtgläubig ist. Den polnischen Agitatoren wurde alles geglaubt. Bezeichnend ist z. B., daß die polnischen Sendboten unter den unintelligenten Massen den Tiefstand der polnischen Valuta dadurch verschleierten, daß gesagt wurde, Polen verfüge über soviel Geld, daß man für eine deutsche Mark zehn polnische Mark auf den Tisch legen könne! Und das wurde auch geglaubt.

Während die deutsche katholische Geistlichkeit sich entsprechend den Anweisungen des hl. Stuhles und des Breslauer Kardinal-Fürstbischofes streng neutral verhielt, stellte sich ein Teil der polnischen Geistlichkeit voll in den Dienst der polnischen Propaganda und benutzte sowohl den Beichtstuhl als die Kanzel zu einer agitatorischen Tätigkeit für Polen. Bei dem großen Einfluß der Geistlichkeit im Volk läßt sich ermessen, welche Wirkung ihr Auftreten hatte.

POLNISCHER TERROR IN OBERSCHLESIEN

Alles dies hätte letzten Endes nicht verhindern können, daß beim Plebiszit mindestens dreiviertel der gesamten Bevölkerung für Deutschland gestimmt hätten, wenn nicht der polnische Terror, der in einer von der Welt noch nie gesehenen Art auftrat, die Volksabstimmung durch Anwendung brutalster Gewalt gefälscht hätte. Als Korfanty an die Spitze der polnischen Agitation trat, war sein erstes Werk der Ausbau einer militärischen Geheim-Organisation. Unter Angliederung an die P. O. W. (Polska organisazio wojskowa, einer während der ersten russischen Revolution 1904 geschaffenen Einrichtung) und die polnischen Sokolvereine (das sind vorgeblich Vereinigungen zur Pflege der Leibesübungen) wurde eine Organisation aufgestellt, die nach militärischem Muster eingerichtet und auf militärische Ziele eingestellt ist. Diese Organisation war dazu berufen, mit Gewalt die deutsche Aufklärungsarbeit

zu verhindern, die polnische Agitation zu unterstützen und letzten Endes in der Hauptsache blutige Aufstände hervorzurufen, die alle schwankenden Gemüter davon überzeugen sollten, daß es gefährlich sei, die Stimme für Deutschland abzugeben. Die deutsche Regierung hat der Entente mehrere Noten überreicht, in denen der polnische Terror unter Beifügung von urkundlichen Beweisen dargelegt wurde; sie hat auch einen dicken Band mit urkundlichen Nachweisungen einwandfrei festgestellter Wahlbeeinflussungen der Oeffentlichkeit übergeben. Der polnische Terror in den Kreisen Pleß und Rybnik, Tarnowitz und Kattowitz hat es in zahllosen Fällen verhindert, daß die in Oberschlesien geborenen, aber nicht mehr dort wohnenden Personen, die nach dem Friedensvertrage abstimmungsberechtigt waren, in ihrer Heimatgemeinde abstimmen konnten. Korfanty hatte mehrere Monate vor der Abstimmung in Rosenberg in einer Rede seine Anhänger aufgefordert, diesen „Emigranten" Wohnung und Nahrung zu verweigern, sie wie Hunde zu behandeln und zu erschlagen. Korfanty wußte, daß er auf dem Kulturniveau der breiten Massen, aus denen er allein Anhänger gewinnen konnte, nicht mit geistigen Waffen kämpfen konnte.

Deshalb organisierte er von Beginn seiner Tätigkeit an die Gewalt. Im August 1919 brach ein Aufstand aus, der jedoch durch das deutsche Militär, wenn auch unter schweren Opfern an Gut und Blut, bald unterdrückt wurde. Viel schwerer war der zweite August-Aufstand vom Jahre 1920, der bereits in die Zeit der Verwaltung Oberschlesiens durch die Interalliierte Kommission fiel. Die deutschen Oberschlesier waren der Wut und dem Fanatismus der polnischen Insurgenten schutzlos preisgegeben. Die Todesopfer des Augustaufstandes 1920 zählen nach Hunderten. Das deutsche Dorf Anhalt wurde von den Insurgenten niedergebrannt, deutsche Beamte und Lehrer in furchtbarer Weise zu Tode gemartert und verstümmelt; in Josefsdorf bei Kattowitz wurden allein 10 deutsche Männer durch einen einzigen Racheakt polnischer Insurgenten hingeschlachtet. Das deutsche Weißbuch und mehrere von der deutschen Regierung an die Entente gerichtete Noten enthalten ein erdrückendes Material über polnische Greueltaten während dieses Aufstandes. Die Lichtbilder der verstümmelten Opfer erzählen von einer beispiellosen Grausamkeit. Der Aufstand flaute zwar nach wenigen Wochen ab und brach schließlich

in sich zusammen, aber der Funke des Aufruhrs glomm weiter. Die Grenze nach Polen wurde weder von der polnischen Regierung noch von der Interalliierten Verwaltung, deren Truppen dazu auch bei weitem nicht ausgereicht hätten, gesperrt, sodaß die Insurgenten über die Grenze flüchten oder dort ihre Waffen in Sicherheit bringen konnten. In den Grenzbezirken bildeten sich regelrechte Räuberbanden, die Tag für Tag Kapitalverbrechen verübten, die Geldvorräte der großen Werke stahlen, Geldtransporte überfielen, Gehöfte ausplünderten, sogar in Brand steckten und friedliche Einwohner ihrer Kleidung bis auf das Hemd beraubten.

Die deutsche Propaganda wurde in weiten Gebieten, namentlich in den Kreisen Pleß und Rybnik und auf dem platten Lande vom polnischen Terror völlig unterbunden. Alle deutschen Veranstaltungen wurden mit bewaffneter Hand rücksichtslos unterdrückt, deutsche Versammlungen wurden gesprengt, deutsche Männer mißhandelt oder ermordet, überhaupt jedes erdenkliche Verbrechen zu politischen Zwecken verübt. Die deutschen Gemeindevorsteher und Lehrer wurden aus vielen Gegenden vertrieben und durch gänzlich ungeeignete Polen ersetzt, die nun ihrerseits jede deutsche Regung in ihrem Verwaltungsbereich scharf unterdrückten. Wer diese Gewaltmethoden kennen gelernt hat, wird es verstehen, daß selbst gut deutschgesinnte Personen es nicht wagten, ihre Stimme für Deutschland abzugeben, weil sie die polnische Rache fürchteten.

KORFANTYS GEWALTPOLITIK UND DER MAI-AUFSTAND 1921

Der Zweck der beiden polnischen Augustaufstände war an erster Stelle die Schürung des Nationalitätenhasses, die Einschüchterung der Bevölkerung und die Unterdrückung jeden Deutschbewußtseins. Dieses Ziel hat Korfanty zum Teil erreicht. Gleichwohl bleibt das Ergebnis der Volksabstimmung bei jeder Betrachtung für die Polen ungünstig und rechtfertigte die Entscheidung, daß Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland verbleibt. Nachdem Korfanty dies erkannt hatte, nachdem die Meinungsverschiedenheiten in der Interalliierten Kommission und die Vorschläge der englischen und italienischen Kommission zu seiner Kenntnis gelangt waren, wonach nur einzelne Gebietsteile an Polen fallen,

das Hauptindustriegebiet aber bei Deutschland verbleiben solle, beschloß er, alles auf die Karte der Gewalt zu setzen und den Obersten Rat vor fertige Tatsachen zu stellen.

Das Zeichen zum Aufstand gab die Mitteilung der „Oberschlesischen Grenzzeitung", die Interalliierte Kommission habe beschlossen, die Kreise Pleß und Rybnik der Republik Polen zuzusprechen, die übrigen Teile Oberschlesiens aber bei Deutschland zu belassen. Die „Oberschlesische Grenzzeitung" ist zwar in deutscher Sprache geschrieben, aber eine polnische Zeitung und das Hauptorgan Korfantys, worüber der französische Ministerpräsident bei seiner Erklärung in der französischen Kammer über die vermeintliche deutsche Schuld des Aufstandes völlig im Unklaren war. Die „Oberschlesische Grenzzeitung" ist von Korfanty Anfang 1920 aufgekauft und in den Dienst der polnischen Propaganda gestellt worden. Sie trägt mit an erster Stelle die Schuld an der Irreführnng des oberschlesischen Volkes, der Schürung des Nationalitätenhasses und den unablässigen Verbrechen gegen den Friedensvertrag.

Der Maiaufstand ist nicht etwa durch den plötzlichen Ausbruch der Volksleidenschaften hervorgerufen worden, sondern von Korfanty und seinen Helfershelfern unter Aufbietung ungeheurer Mittel systematisch von langer Hand vorbereitet worden. Einwandfrei ist nicht nur von deutscher Seite, sondern auch durch Angehörige der interalliierten Regierungen in Oppeln festgestellt worden, daß das Heer der Insurgenten sich in der Hauptsache aus polnischen Truppen, die durch Zivilkleidung maskiert sind, zusammensetzt. Die Insurgenten verfügen über sämtliche Großkampfmittel: sie operieren mit Artillerie, Minenwerfern und Panzerzügen. Die Ausrüstung ist erstklassig, und ihre Gefechtstätigkeit läßt auf militärische Disziplin und regelrechte militärische Formation schließen.

Der durch die Insurgenten angerichtete Schaden an Blut und Gut ist unbeschreiblich. Die von den Insurgenten verübten, heute noch nicht einmal aufzählbaren Gewaltakte, Morde

und Greueltaten sind in der Geschichte aller Kulturländer ohne Beispiel. Nach Tausenden zählen die deutschen Männer, die von polnischen Banden von Haus und Hof vertrieben oder verschleppt und in fürchterlicher Weise mißhandelt und hingeschlachtet wurden. Die Verstümmelung vieler Opfer sind geradezu bestialisch. Frauen wurden die Brüste abgeschnitten, wehrlose Männer geschändet, deutsche Lehrer furchtbar verstümmelt, deutschen Beamten der Abstimmungspolizei die Augen ausgestochen und selbst unschuldigen Kindern die Schädel eingeschlagen. Die deutschen Städte des Industriebezirks wurden von den Insurgenten belagert und regelrecht ausgehungert und ausgedürstet. Die Stadt Kattowitz bezieht ihr Wasser von der entfernt liegenden Rosaliengrube; die Insurgenten haben der Stadt im Verlauf des Aufruhrs das Wasser gesperrt und außerdem noch Gas und Licht. Nicht einmal Milch für Säuglinge wird in die Stadt hineingelassen, obgleich sie vorhanden war. Kranke und Kinder müssen in ihrem Elend verkommen; die Stadt selbst will bis zum Aeußersten ausharren. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Polen den Plan, unter Umständen die industriellen Werke zu vernichten, ausführen werden. In der Stadt Rosenberg haben die Insurgenten in großem Umfange Sprengungen vorgenommen, die, wie der Korrespondent der „Times" bemerkt, auf die erwartete Behandlung des Industriegebiets durch die Polen ein bezeichnendes Licht werfen. Raub und Plünderung sind so zahlreich, daß man mit den einzelnen Fällen einen dicken Band füllen könnte. Große Geschäfte, Privathäuser und Bauerngehöfte werden geplündert und zerstört, ihre Besitzer und Bewohner vertrieben oder verschleppt.

Korfanty und seine Banden machten aber nicht bei den Deutschen halt, sondern richteten ihre Wut vor allem auch gegen die Organe der Interalliierten Kommission und die Besatzungstruppen, die ihnen nicht zu willen waren und ihnen bei der Ausführung ihrer verbrecherischen Absichten entgegenzutreten wagten.

Zahlreiche italienische Soldaten fielen in treuer Pflichterfüllung im Kampfe gegen die Insurgenten. Englische und italienische Kreiskontrolleure wurden von den Organen der In-

surgenten für abgesetzt erklärt; sie mußten es sich gefallen lassen, daß sie sich polnischer Ausweise zu bedienen haben, um sich im Lande bewegen zu können. Englische Blätter haben erklärt, daß wohl noch nie, soweit die neue Geschichte reicht, große Nationen in mehr ehrverletzender Weise behandelt worden seien, als England und Italien durch Korfanty und seine Banden. Die polnische Presse Oberschlesiens greift täglich die neutrale Haltung Englands und Italiens in der schärfsten und niedrigsten Weise an.

Das Gebahren Korfantys macht den Eindruck, als ob er — unbekümmert um Recht und Menschlichkeit — sich als Herr Oberschlesiens fühlt und diesem Lande und der Welt seinen Willen aufzwingen will. Daher das Streben, durch Schaffung einer Demarkationslinie vollendete Tatsachen durch die interalliierten Regierungen bestätigen zu lassen und den Obersten Rat zu einer Entscheidung zu zwingen, die dieser Grenzlinie gerecht wird. Daher auch sein Wille falls er sein Ziel nicht erreicht, aus Oberschlesien nicht nur ein Leichenfeld, sondern auch einen Trümmerhaufen zu machen. Wiederholt hat er die Absicht ausgesprochen, bei einem erzwungenen Rückzuge die oberschlesischen Industriewerke in die Luft zu sprengen und die Gruben zu ersäufen. Und in Uebereinstimmung damit hat der polnische General Haller am 5. April 1921 einer Abordnung oberschlesischer Polen erklärt: „Wenn wir auch in Oberschlesien keinen Stein auf dem andern lassen sollten, Oberschlesien muß doch unser werden."

Es ist zweifellos, daß Korfanty nur durch Gewalt gebeugt werden kann. Die deutsche Regierung hat ihrerseits alles getan, was in ihrer Macht steht, um den Zustand des Rechts wieder herzustellen. Auf Aufforderung der Interalliierten Kommission haben sich viele opferfreudige deutsche Oberschlesier zur Verfügung gestellt, um an Stelle der fahnenflüchtig gewordenen polnischen Abstimmungspolizei die Ordnung im Lande wieder herzustellen. Die preußische Regierung hat durch ein starkes Aufgebot der Schutzpolizei die Ausführung der Grenzsperreverordnung sichergestellt. Die Schließung der polnischen Grenze dagegen steht lediglich auf dem Papier. Die Insurgenten beziehen nachweislich jeden Tag große Nachschübe an Mannschaften und Munition

aus Polen. Gefangene Insurgenten sagen aus, daß sie in starken Verbänden, die in Posen und Polen von französischen Offizieren ausgebildet wurden, nach Oberschlesien in die Kämpfe geführt werden. Der Zweifel Lloyd Georges, die Sperrung der polnischen Grenze sei eher ein Scheinmanöver, als praktisch, ist durch die Tatsachen überholt: Es gibt keine Sperrung der polnischen Grenze, im Gegenteil: Die Insurgenten werden von Polen aus in der tatkräftigsten Weise unterstützt. Mit diesen Zuständen, die eine immer bedrohlicher werdende Gefährdung Europas darstellen, kann nur ein Machtspruch der Ententemächte aufräumen.

DIE BOLSCHEWISTISCHE BEWEGUNG ALS FOLGE DES AUFSTANDES

Die sofortige Unterdrückung des Aufstandes ist aber nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit und des feierlich proklamierten Rechts, sondern auch politischer Voraussicht. Eine unabsehbare und besonders folgenschwere Gefahr zeitigt die Entwicklung des polnischen Aufstandes nach der bolschewistischen Seite. Oberschlesien würde in der Hand Polens das Einfallstor des östlichen Bolschewismus sein. Als solches ist es von vielen Vertretern der Entente, die alle Verhältnisse Oberschlesiens an Ort und Stelle studieren konnten, erkannt worden. Oberschlesien ist der einzige große Industriebezirk des deutschen Ostens. Ein Durchbruch des Bolschewismus durch die rein ländlichen Gebiete der östlichen Grenzen Deutschlands ist kaum zu befürchten, dagegen bietet das oberschlesische Industriegebiet den guten Leiter und die Brücke für den östlichen Bolschewismus. Weit über die ersten Ansätze hinaus ist diese Entwickelung gediehen. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen sind verworrener denn je. Das objektive Sachverständigenurteil zielt dahin, daß Polen in absehbarer Zeit gesunde wirtschaftliche Zustände, die allein ein Gedeihen des Bolschewismus verhindern könnten, nicht erzielen kann. In Oberschlesien selbst sind die Vertreter Moskaus am Werk, um aus dem von Korfanty herbeigeführten Chaos Vorteile zu ziehen, es zu vergrößern und endlich die günstige Gelegenheit zur Eroberung des westlichen Europas für den Bolschewismus zu benutzen. In verschie-

denen Orten des Industriebezirks haben sich bereits bolschewistische Organisationen aufgetan. Die „Rada ludowa" (polnischer Volksrat), in der viele radikale Elemente vertreten sind, hat sich im Aufstandsgebiet wieder aufgetan. Die polnischen Bolschewisten arbeiten Hand in Hand mit den Moskauern. Die Gefahr der Bolschewisierung Oberschlesiens ist drohend, wenn es nicht gelingt, endlich mit starker Hand dem Lande die Ruhe wiederzugeben. Die Insurgenten Korfantys sind in der Hauptsache zusammengesetzt aus Menschen, die nicht in der Arbeit und im Wiederaufbau das Heil der Zukunft sehen, sondern abenteuerlich von den Geldern leben, die ihnen aus der reichen Kasse Korfantys zufließen, die durch die verflossenen Jahre an ein Vagabundenleben gewöhnt sind und Arbeit und Ordnung scheuen. Die Gesundung Oberschlesiens und damit die Abwendung der denkbar größten Gefahren für Deutschland und das westliche Europa überhaupt kann nur durchgeführt werden durch eine Aufräumungsarbeit allergrößten Stils. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das Verbrecherunwesen mit seiner Tätigkeit sofort wieder einsetzen würde, wenn der polnische Aufstand etwa durch Dämpfung allmählich abgebaut würde, wobei die Zustände der Gewalt nicht etwa beseitigt, sondern nur verschleiert und latent bleiben würden. So ist denn die schleunige Lösung der oberschlesischen Frage und die tatkräftige Beseitigung aller Zustände der Rechtlosigkeit, Gewalt und Unkultur in Oberschlesien nicht nur das gute Recht Europas, sondern geradezu eine heilige Pflicht. In Oberschlesien liegen, wie Lloyd George erklärt hat, die Keime höchstgefährlicher Entwickelungen für Europa. Oberschlesien beginnt in der Tat ein Balkan zu werden, der die früheren Zustände dieser Halbinsel, die Europa jahrzehntelang zu schaffen machten, in den Schatten stellt.

STELLUNGNAHME DER BESATZUNGSTRUPPEN

Alle diese ungeheuerlichen Verbrechen und die sich daran anschließenden Gefahren haben sich vor den Augen der Interallierten Kommission und ihrer Organe vollzogen, der insbesondere die Aufgabe zugefallen war, Ruhe und Ordnung im Lande zu gewährleisten und eine gerechte und unbeeinflußte Abstimmung sicher zu stellen. Der Präsident der Interallierten Kommission, der französische General Le Rond, hat bei Uebernahme der Verwaltung in einer Proklamation feierlich gelobt, es solle eine neue Aera des Friedens und der Gerechtigkeit beginnen Wie waren alle diese Untaten gleichwohl möglich?

Für die Beantwortung der Frage sind folgende Materialien von Bedeutung, die in zahlloser Fülle ergänzt und belegt werden können.

Als die französischen Besatzungstruppen in Oberschlesien einrückten, befanden sie sich in völliger Unkenntnis über die Verhältnisse des Landes. So ließen sie es denn geschehen, daß sie in mehreren Städten von polnischen Vereinen mit polnischen Fahnen, Musik und Gesängen in ihre Standorte geleitet und mithin von der polnisch gesinnten Bevölkerung zu ihren Bundesgenossen gestempelt wurden. In dem zweisprachigen Aufruf des Präsidenten le Rond wurde die polnische Sprache der deutschen vorangestellt, obwohl das Land seit langen Jahrhunderten unter den Segnungen der deutschen Kultur steht, der es Blüte und Reichtum verdankt. Das Tragen von nationalen Hoheitsabzeichen, das Singen nationaler Lieder und namentlich öffentliche Kundgebungen wurden durch die Interalliierte Kommission verboten und mit schweren Strafen bedroht; die französischen Organe der Interalliierten Kommission brachten diese Bestimmungen der deutschen Bevölkerung gegenüber zur vollen Durchführung, ließen dagegen die Polen gewähren, wenn sie z. B. Begräbnisse verstorbener Gesinnungsgenossen zu polnischen Kundgebungen ausnutzten und gar am polnischen Nationalfeiertage Anfang Mai 1920 in den großen deutschen Städten Oberschlesiens unter Beteiligung von Tausenden ihrer Anhänger, Musikkapellen und Haller-Soldaten in Uniform und mit Waffen, und unter Vorantragen polnischer Hoheitsabzeichen herausfordernde polnische Demonstrationen veranstalteten. Die deutschen Zeitungen waren nach der Besetzung durch die Ententemächte der Ansicht, daß der Friedensvertrag „jede Agitation verböte"; anders die polnische Presse, die einen unerträglichen Hetz- und Verleumdungsfeldzug eröffnete. Deutsche Zeitungen, die dem entgegentraten, wurden bei geringfügigsten Verstößen gegen die Vorschriften auf mehrere Wochen oder für längere Zeit in unausgesetzter Folge untersagt, während polnische Zeitungen lediglich in zwei Fällen, trotz ihrer zügellosen Agitation, nur einem vorübergehenden Verbote verfielen. Gegen miß-

liebige deutsche Personen wurde von den französischen Organen auf das rücksichtsloseste eingeschritten; die polnischen Agitatoren dagegen konnten ungestraft das deutsche Volk herausfordern und bedrohen. Korfantys bereits erwähnte Rosenberger Rede, in der er durch Aufforderung zur Gewalt die Abstimmung zu beeinflussen versuchte, verstieß gegen die erlassenen Bestimmungen, die ein derartiges Vorgehen mit Ausweisung bedrohten; der deutsche Plebiszitkommissar stellte auch den Antrag auf Ausweisung Korfantys, aber General Le Rond erledigte diesen Antrag nicht und erteilte nicht einmal einen Bescheid. Korfanty konnte unter den Augen der interalliierten Behörden seinen Rosenberger Vorstoß gegen den Friedensvertrag mehrfach wiederholen.

Die französischen Organe waren bemüht, jede deutsche Waffe aufzuspüren und zu beschlagnahmen. Wenn aber von deutscher Seite beweiskräftige Unterlagen für das Vorhandensein polnischer Waffenlager, Urkunden über das Bestehen polnischer Militärorganisationen und Belege für die polnischen Gewaltpläne unterbreitet wurden, schenkten französische Kreiskontrolleure ihnen keine Beachtung und lehnten Haussuchungen bei Polen ab. So konnten denn die Polen ihre Waffenlager in einer Weise auffüllen, wie es der Maiaufstand gezeigt hat. Deutsche erhielten nur in seltenen Fällen einen Waffenschein, während die Polen von den französischen Kommissaren solche in ungezählter Fülle gegen einen Ausweis aus dem polnischen Hauptquartier ausgestellt erhielten; war doch sogar der Mörder Kupkas im Besitz eines Waffenscheins. So konnte es kommen, daß die französischen Truppen von dem Augustaufstand 1920 angeblich überrascht wurden; durch ihre Untätigkeit unterstützten sie zweifellos den Aufstand, ja es sind Fälle vorgekommen, in denen die Aufständischen von französischer Seite durch Lieferung von Munition unterstützt wurden. Mehrere französische Kontrolleure erkannten sogar die Bewaffnung der Aufrührer ausdrücklich an, indem sie diese für politische Zwecke gänzlich ungeeigneten, zum großen Teil jugendlichen und verbrecherischen Elemente zur Aufstellung einer Bürgerwehr zuließen. Die Sicherheitspolizei Oberschlesiens wurde auf Verlangen der Polen aufgelöst und durch eine Abstimmungspolizei ersetzt. Nur ein Teil der in Oberschlesien geborenen Angehörigen der Sicherheitspolizei wurde auf

seinem Posten belassen, und die Auffüllung geschah durch wenig vorgebildete Leute, deren vornehmste Eignung die Empfehlung Korfantys war. Es ist nachgewiesen, daß Korfanty sich das Recht beimessen konnte, die neu aufgestellte Abstimmungspolizei zu besichtigen und sich von ihrer Zuverlässigkeit in polnischem Sinne zu überzeugen.

Wenn polnische Verbrecher wegen schwerer Straftaten vor das deutsche Gericht gestellt werden sollten, wurden sie diesem häufig von dem französischen Generalstaatsanwalt entzogen und vor den besonderen Gerichtshof der Interalliierten Kommission in Oppeln gestellt. Bezeichnend dafür ist der Fall des Mörders Kupkas. Am 20. November 1920 wurde der Herausgeber der Zeitung „Wola Ludu“ (Wille des Volkes) Theofil Kupka, der einen erbitterten Kampf gegen Korfanty führte, dessen früherer Mitarbeiter er gewesen war, in seiner Wohnung von 4 Leuten der Korfantyschen Bojowka durch Revolverschüsse ermordet. Die von der deutschen Staatsanwaltschaft in Beuthen eingeleitete Untersuchung ergab viele Beweise für die Tatsache, daß ein politischer Mord auf Anstiftung von polnischer Seite vorliegt. Am Tage vor der Hauptverhandlung verlangte der französische Generalstaatsanwalt in Oppeln die Auslieferung der Untersuchungsakten, während der in Untersuchungshaft sitzende Angeklagte, Schlosser Josef Myrczik, von französischem Militär unter Anwendung von Gewalt aus dem Untersuchungsgefängnis in Beuthen herausgeholt und nach Oppeln transportiert wurde. Der Mörder sollte, wie der französische Generalstaatsanwalt mitteilte, vor den besonderen Gerichtshof in Oppeln gestellt werden. Trotzdem die Akten erdrückende Beweise für die Schuld des Angeklagten enthalten, so daß die für den 24. Februar 1921 vor dem Schwurgericht in Beuthen angesetzte Hauptverhandlung nach der Auffassung objektiver Juristen zu einer Verurteilung des Angeklagten führen mußte, ist der Kupkaprozeß heute noch nicht erledigt.

Unter den Augen der Besatzungstruppen konnte sich denn das Verbrechertum auf das üppigste entfalten. Alle Bestrebungen der maßgebenden deutschen Stellen, die Schließung der polnischen Grenze zu erzielen, blieben erfolglos. Das politische und gemeine Verbrechertum benutzte die offene polnische Grenze als Ausfalls- und Rückzugstor und ergänzte sich ständig von dort.

Am verhängnisvollsten wurde diese Haltung der französischen Besatzungstruppen bei dem noch tobenden Mai-Aufstand.

Der Aufstand hätte in den ersten Anfängen unterdrückt werden können, wenn der feste Wille dazu vorhanden gewesen wäre. Briand hat in der Kammer erklärt, die 14 000 Mann französischer Truppen in Oberschlesien hätten einer weit überlegenen Zahl von Insurgenten gegenübergestanden und den Kampf nicht aufnehmen können. Diese Auffassung ist nicht zutreffend. Die französischen Truppen sind mit den modernsten Großkampfmitteln ausgestattet, und das Mannschaftsmaterial ist vorzüglich. Diese Truppen sind auch einer Uebermacht der Insurgenten weit überlegen. Aber nicht nur Untätigkeit der Franzosen, sondern sogar offene Unterstützung der Insurgenten ist festzustellen. Englische, amerikanische und italienische Blätter haben einmütig die Verwendung französischer Handgranaten und Munition seitens der Insurgenten festgestellt. Es ist ferner erwiesen, daß französische Kraftwagen den Insurgenten Munition zugeführt haben. In verschiedenen Städten und Orten wurde die italienische Besatzung auf Befehl des französischen Oberkommandierenden durch französische Truppen abgelöst und nach wenigen Tagen der betreffende Ort von den Franzosen den Insurgenten übergeben, obgleich der französische Ortskommandant den Deutschen jeden Schutz versprochen und in einigen Fällen sogar ehrenwörtlich gelobt hatte, den Ort bis zum letzten Mann zu verteidigen. Die Uebergabe geschah überall kampflos. In Gleiwitz wurde die der Interalliierten Kommission unterstehende Abstimmungspolizei von den Franzosen entwaffnet. Wenn im englischen Unterhause auf eine Anfrage von einem Regierungsvertreter erklärt wurde, die französischen Truppen hätten Verluste gehabt und müßten daher auch gekämpft haben, so ist diese Schlußfolgerung irrig, denn die wenigen französischen Verluste sind auf Unfälle zurückzuführen, wie der oberschlesische Berichterstatter der Londoner „Morning Post" ausdrücklich feststellt. Gekämpft haben jedenfalls nur die italienischen Truppen, diese allerdings mit heldenmütiger Aufopferung. Englische Truppen waren nicht anwesend.

Die Antwort auf die Frage, wie sich alle diese Vorgänge vor den Augen der Interalliierten Kommission abspielen konnten, muß mithin

dahin lauten, daß französische Besatzungstruppen, an der Spitze General Le Rond, die Polen in dem Maße gewähren ließen, daß sie glauben konnten, der Unterstützung der Franzosen sicher zu sein, zumal die Franzosen den Polen vielfach in die Hände gearbeitet haben. Französische Organe und Besatzungstruppen, an der Spitze General Le Rond, tragen daher die Mitschuld an allen diesen furchtbaren Ereignissen.

Im Gegensatz hierzu haben die italienischen und englischen Organe der Interalliierten Kommission und die italienischen Truppen — englische Truppen waren nur vorübergehend in Oberschlesien anwesend — ihre Pflicht in vollem Umfange erfüllt und zum Teil durch ihr Blut besiegelt.

DIE ENTSCHEIDUNG

Das Gebot der Stunde lautet jetzt, den Aufstand sofort mit allem Nachdruck zu unterdrücken. Jeder weitere Tag des Aufstandes fordert unersetzliche Opfer an Blut und Gut, Opfer, die das oberschlesische Wirtschaftsleben in Kürze untergraben müssen. Jetzt gilt es ferner, auch die Entscheidung über Oberschlesiens Geschick nach Beseitigung der polnischen Gewalt und unbeeinflußt von ihr unter sachlichen Gesichtspunkten endgültig zu fällen. Eine in der Presse erörterte provisorische Entscheidung im Sinne einer Dreiteilung, wobei eine deutsche, eine von den Ententemächten besetzte neutrale und eine polnische Zone geschaffen würde, würde zu neuer Erregung Veranlassung geben, die natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhänge zerreißen und die wirtschaftliche Kraft Oberschlesiens zerrütten.

Die Gerechtigkeit verlangt, daß Oberschlesien als natürliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Einheit betrachtet und mit seiner in der Volksabstimmung erzielten starken deutschen Mehrheit Deutschland zugesprochen wird. Polen kann Oberschlesien entbehren, denn es hat soviel Kohlenschätze, daß ihre Ausnutzung weit über das Bedürfnis Polens hinausgehen würde. Das deutsche Wirtschafts-

leben dagegen ist durch den Friedensvertrag arm geworden an Kohle und muß erliegen, wenn es Oberschlesien verliert. Die oberschlesische Industrie muß nach dem objektiven Urteil neutraler Sachverständiger — das zeigen die Vorgänge während des Mai-Aufstandes auf das deutlichste — zugrunde gehen, wenn sie von Deutschland losgelöst und Polen angegliedert wird; sie kann deshalb ihre unbedingten Notwendigkeiten für die Weltwirtschaft und den Wiederaufbau Europas nicht mehr erfüllen, wenn die Entscheidung zugunsten Polens fällt. Die oberschlesische Frage ist nur künstlich zu einer nationalen Frage gemacht worden. Die Bevölkerung lebte friedlich und verträglich nebeneinander. Und auch während des Mai-Aufstandes hat nur ein kleiner Teil der polnisch fühlenden Bevölkerung freiwillig zu den Waffen gegriffen. Polen hat im Laufe der Jahrhunderte niemals Anspruch auf Oberschlesien erhoben; erst jetzt, wo Deutschland darniederliegt, streckt Polen seine Hand nach Oberschlesien mit seinen durch deutschen Fleiß und deutsche Tüchtigkeit geschaffenen Milliardenwerten aus und versucht seine Ansprüche entgegen den historischen Tatsachen durchzusetzen. Die Entscheidung nach nationalen Gesichtspunkten muß bei der vorhandenen und durch die Volksabstimmung bestätigten deutschen Mehrheit zu Deutschlands Gunsten ausfallen. Der von Korfanty erzeugte Nationalitätenhader wird unter dem Einfluß der Zeit verschwinden. Europas Zukunft, die in hohem Maße abhängt von einem schleunigen Wiederaufbau und einer Gesundung des Wirtschaftslebens, auch des deutschen, steht hoch erhaben über dem kleinlichen Nationalitätenhader Oberschlesiens.

Wir appellieren in letzter Stunde an das sachverständige, von den Erfordernissen der Weltwirtschaft bestimmte Urteil aller kaufmännischen und industriellen Kreise der Welt, die in Erkenntnis der Not der Zeit und ihrer Ursachen sich gemeinsam das hohe Ziel des Wiederaufbaues der europäischen und der Weltwirtschaft gesetzt haben; wir appellieren an das Urteil aller ehrlich und billig Denkenden.

Dieses Urteil kann nur lauten: Oberschlesien ist unentbehrlich für den Wiederaufbau und kann seine Aufgabe nur erfüllen, wenn es bei Deutschland verbleibt, wie es die Menschlichkeit, die Gerechtigkeit, der Vertrag von Versailles und die Zukunft Europas erheischen.

HANDELSKAMMER BRESLAU.

Th. Schatzky G. m. b H.
Breslau 3.

23172

END OF TITLE